

Dossier 5 für Medien und Multiplikatoren

Sanierungsbedürftig und vom Verfall bedroht

**Der Umgang der Stadt Köln
mit ihren öffentlichen Gebäuden**

Dokumentation eines „Stadtgesprächs im Domforum“ vom 8. Juni 2011

Überreicht durch:



Text und Dokumentation:
Frank Möller / Dr. Joachim Weiner

Dossier 5

Sanierungsbedürftig und vom Verfall bedroht

Der Umgang der Stadt Köln mit ihren öffentlichen Gebäuden

„Köln kann auch anders“ (K²A²) dokumentiert im Folgenden in Auszügen eine Diskussion, die am 8. Juni 2011 unter dem Titel „Sanierungsbedürftig und vom Verfall bedroht. Der Umgang der Stadt Köln mit ihren öffentlichen Gebäuden“ im Domforum stattfand und von K²A², dem Katholischen Bildungswerk und der Gesellschaft für interdisziplinäre Praxis ausgerichtet wurde. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Der Text der folgenden Dokumentation wurde gegenüber dem gesprochenen Wort der Veranstaltung an einigen Stellen gekürzt und sprachlich geglättet. Uns besonders signifikant erscheinende Passagen wurden unterstrichen.

Interessant waren Gespräch und Diskussion deshalb, weil dabei eine Reihe von Aspekten angesprochen wurden, die einer effektiven Bauplanung und -ausführung öffentlicher Gebäude sowie deren späterem Betreuungsmanagement entgegenstehen. Dies sind vor allem:

- Die enormen Verzögerungen bei Bauausschreibungen durch die Abstimmungen zwischen einzelnen Ämtern, was immer wieder dazu führt, dass die Fristen, innerhalb derer Firmen zu ihren Angeboten stehen, überschritten werden.
- Die Problematik, dass die Verwaltung in Köln fast immer nur „mit einer Stimme“ sprechen darf und Verwaltungsentscheidungen für Ratspolitik und Bürger dadurch oft gar nicht mehr nachvollziehbar sind. Indiskretionen aus der Verwaltung werden dabei zwangsläufig zur Voraussetzung dafür, Probleme überhaupt erst erkennen und angehen zu können.
- Die Problematik, dass die Hausmeisterdienste verschiedenen Stellen zugeordnet sind und somit kein direkter Informationsfluss zwischen Gebäudewirtschaft und z. B. den Schulen existiert.
- Das Problem ständig wechselnder Ansprechpartner bei der Projektbetreuung in der Gebäudewirtschaft aufgrund der Tarifstruktur im öffentlichen Dienst sowie der hierarchischen Führungsstruktur. Beides führt zu häufigen Personalwechseln.

Festgestellt wurde auch:

- Dass eine Evaluierung der Gebäudewirtschaft, 14 Jahre nach ihrer Einrichtung dringend geboten ist. Dabei muss gewährleistet werden, dass der Evaluierungskommission sowohl Vertreter der Nutzer als auch der verschiedenen Interessenträger, also z. B. der Architektenschaft angehören. Die Evaluation darf nicht von parteipolitischen Partikularinteressen überlagert werden und muss ergebnisoffen sein.

Es sei noch darauf hingewiesen, dass K²A² einige Wochen vor der Veranstaltung bereits eine eigene Untersuchung zur Gebäudewirtschaft vorgelegt hatte. Sie ist als „Dossier 4“ mit dem Titel „Sanierungsstau!“ abrufbar unter:

www.koelnkannauchanders.de, Rubrik „Dossiers“, dort „Dossier 4“.

Frank Möller:

In unserer heutigen Veranstaltung wird die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln im Mittelpunkt des Gesprächs stehen, die für einen Großteil der öffentlichen Gebäude Kölns – nicht für alle – zuständig ist. Und mit dieser Gebäudewirtschaft, einer „eigenbetriebsähnlichen Einrichtung“, haben wir es mit einer recht komplexen Einrichtung zu tun – mit einem Betrieb? Einer Behörde? Einem Amt? Wir werden sehen.

Auffallend ist, dass die allermeisten Kölner, die sich häufig über den Zustand öffentlicher Gebäude ärgern, von der Gebäudewirtschaft selbst sehr wenig wissen. Auch in der Presse taucht sie selten auf. Zuletzt geschah das vor einem Monat und – Zufall oder nicht: wenige Tage nachdem die Ankündigung zu unserer heutigen Veranstaltung herausgeschickt worden war. Da hatte sich plötzlich die SPD zu Wort gemeldet, und der Stadt-Anzeiger hatte darüber berichtet. Der Fraktionschef der SPD hatte eine „umfassende Untersuchung“ der Gebäudewirtschaft gefordert, weil sich Beschwerden aus Schulen, Kindergärten und Sportvereinen über Mängel und Versäumnisse und über eine schleppende Praxis der Auftragsvergabe durch die Gebäudewirtschaft gehäuft hätten. Unsere Veranstaltung steht somit auch in einem aktuellen Kontext. Und über die Forderung nach einer „Untersuchung“ – oder besser einer Evaluation – wird auch noch zu reden sein.

Ich darf Ihnen nun unser Podium vorstellen:

Engelbert Rummel

ist geschäftsführender Betriebsleiter der Gebäudewirtschaft und Mitglied des Parteivorstands der Kölner CDU.

Gerd Brust

ist Mitglied im Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft und für Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Köln. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Energie- und Abfallwirtschaft sowie die Themen Bauen und Wohnen.

Frank Deja

ist Gründungsmitglied der Bürgerplattform „Köln kann auch anders“, die als Reaktion auf den Archiveinsturz entstanden ist und für mehr Transparenz und Verantwortungsbewusstsein in Politik, Verwaltung und öffentlichen Betrieben der Stadt eintritt. Erst kürzlich hat KKAA ein ausführliches Dossier zur Gebäudewirtschaft vorgelegt. Dafür hat es viel Lob gegeben. Frank Deja ist einer der Autoren. Das Dossier ist auch im Netz abrufbar.

Dr. Dr. Markus Thiel

ist Verwaltungsrechtler und Politologe, lehrt derzeit an der Universität zu Köln, kommt aber eigentlich von der Uni Düsseldorf.

Ein Wort zum Charakter dieser Veranstaltung. Uns geht es hier nicht, um eine allgemeine Rats- und Verwaltungsschelte, auch nicht um eine Schelte der Gebäudewirtschaft. Und auch nicht um eine Kritik an einzelnen Personen, wie sie im parteipolitisch gefärbten Statement der SPD anklang. Uns geht es aber sehr wohl darum, aufzuzeigen, welche Strukturen zu Fehlern in Abläufen führen und damit die Möglichkeit verstellen, zu einem angemessenen Umgang mit der kommunalen Bausubstanz und zu guten Entwicklungen für Köln zu gelangen. Wir wollen im Folgenden versuchen, vier Themenfelder abzuhandeln:

- Zielsetzung, aktueller Zustand und verwaltungstechnische Einbindung der Gebäudewirtschaft (künftig: GW)
- Ursachen (historische wie hausgemachte) und Folgen des Sanierungsstaus sowie Perspektiven zu dessen Auflösung
- Die internen Strukturen der GW
- Transparenz und Informationspolitik der GW

Dr. Joachim Weiner:

Eine kurze Einführung in das Thema: Die Gebäudewirtschaft (GW) ist im Rahmen der Verwaltungsreform in den 90er Jahren als eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung gegründet worden, und zwar 1997. Der Immobilienbesitz der Stadt wurde aus dem tradierten Verwaltungsapparat ausgegliedert und der neu gegründeten Einrichtung zugeschlagen. Allerdings wurde nicht der komplette Gebäudebestand in die Obhut der GW übergeben. So ist z. B. für die Museen, das Schauspielhaus und die Oper das Kulturamt zuständig, für die Bürgerzentren das Amt für Soziales und Senioren und für die Jugendzentren die JugZ gGmbH.

Ziel der damaligen Verwaltungsreform war es, die Verwaltung zu effektivieren, sie bürgerorientiert zu gestalten und sie ökonomisch rentabler zu machen. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer effizienten und serviceorientierten Verwaltung war der Übergang von der traditionellen Kameralistik zur betriebswirtschaftlich orientierten Dopik. Bezogen auf die GW bedeutet das: Man weiß, was der städtische Gebäudebestand wert ist, was seine Unterhaltung genau kostet und was erwirtschaftet werden muss, um den Erhalt der städtischen Gebäude zu gewährleisten.

Das Problem ist nur, dass die GW bereits mit einer erheblichen Belastung gestartet ist, weil ein großer Teil der städtischen Immobilien zum Zeitpunkt der Übergabe mehr oder weniger un gepflegt und heruntergekommen war. Der Sanierungsstau, den die GW abuarbeiten hatte, war so gewaltig, dass es bis heute nicht gelungen ist, ihn vollständig abzutragen. Derzeit liegt der Sanierungsbedarf der kommunalen Immobilien, darunter insbesondere die Schulen und Kindertagesstätten, bei etwas mehr als einer Milliarde Euro. Diesen Sanierungsstau soll die GW abarbeiten, neben den laufenden Instandhaltungen und den notwendigen Neubauten im Bereich Schule und Kindertagesstätte.

Die notwendigen Neubauten werden wegen der miserablen Finanzlage der Stadt seit einigen Jahren als PPP-Projekte realisiert, vor allem mit der Firma Hochtief. Konkret: Hochtief baut die Schule und übernimmt auch das Facility-Management für 20 oder 30 Jahre, und die Stadt mietet das Gebäude zu einem Preis der auch die Gebäudeerhaltung und -pflege mit einschließt. Dieses Finanzierungsmodell ist sehr umstritten. Die einen sagen, dass der Schulbau und die Schulunterhaltung durch einen privaten Investor günstiger sei, als wenn die Stadt selber bauen würde, andere kommen zu dem gegenteiligen Ergebnis.

Was man auch noch wissen muss: Die Gebäudewirtschaft ist, weil sie ein gewinnorientierter Betrieb ist, auch auf dem Feld der Projektbetreuung tätig. So hat sie z. B. den Zuschlag für die Baubetreuung der archäologischen Zone erhalten.

Damit ist in etwa das Arbeits- und Aufgabenfeld der Gebäudewirtschaft beschrieben, über das wir heute Abend gemeinsam diskutieren wollen. Ich möchte nun zunächst einmal an Herrn Rummel, der die Gebäudewirtschaft aufgebaut hat und bis heute als ihr Geschäftsführer fungiert, die Frage stellen, ob und inwieweit die hochgesteckten Ziele mit denen die GW 1997 gestartet ist – sprich: mehr Effizienz, bessere Betreuung des Gebäudebestandes, ein ökonomischerer Umgang mit dem Immobilienvermögen der Stadt – tatsächlich erreicht worden sind.

Welche Erwartung haben sich nicht erfüllt und welche Ziele konnten bis heute nicht erreicht werden?

Engelbert Rummel:

Sie haben das schon richtig skizziert. 1996 hat sich Lothar Ruschmeier, der damalige Oberstadtdirektor, im Zuge der Verwaltungsreform entschieden, wir wollen das auch bei Gebäuden machen, und das hatte ja auch einen Grund. Wir hatten zersplitterte Zuständigkeiten. Da waren für ein Gebäude bis zu 25 Dienststellen zuständig. Beim Liegenschaftsamt verfügte man schon über Computer, das hat dann Ausdrucke gemacht, die wurden dem Bezirksamt geschickt, und beim Bezirksamt hat man die Ausdrucke genommen und auf Karteikarten übertragen. Es gab also viele Dinge, die einfach nicht mehr akzeptabel waren. Nach Beginn mit den Schulen sind uns dann die Kitas übertragen worden, anschließend noch der Gebäudebestand der Betriebshöfe, so dass wir Anfang der 2000er Jahre auch richtig arbeitsfähig waren, nachdem auch das Hochbauamt vor zehn Jahren zur GW gekommen ist. Bis zu dem Zeitpunkt waren wir nicht in der Lage, den Ressourceneinsatz selber zu steuern, sondern waren auch darauf angewiesen, zu welchen Maßnahmen das Hochbauamt in der Lage war.

Ich denke, wir haben seitdem tatsächlich viele Ziele erreicht. Ich glaube, dass wir professionell mit dem Vermögen umgehen, was das Portfolio angeht. Uns ist es in der Zeit auch gelungen, einige „alte Hündchen“ abzustößen. Wir sind im Bereich der Verwaltungsgebäude fast soweit, dass wir sagen können, da haben wir unsere Arbeit getan. Wir haben nur noch wenige Gebäude, die in einem ganz bestimmten Zustand sind, wie z. B. der Laurenzplatz (= Einwohnermeldeamt Köln-Innenstadt), wo man noch einiges dran arbeiten muss, aber da müssen noch ein paar strategische Entscheidungen gefällt werden. Was will man z. B. mit solchen Immobilien machen? Mit dem Bezug des Stadthauses in Deutz haben wir 28 Verwaltungsstandorte aufgegeben, die z. T. über völlig unergonomische Arbeitsplätze verfügt haben, wo auch noch keine Computer waren, also eine völlige Zersplitterung der Bauverwaltung. Mit solchen Einrichtungen konnten wir dann ins Stadthaus Deutz hineingehen. Wir haben das Kalk-Karree gebaut mit einem Investor, haben das angemietet, wir haben Lindenthal gebaut (= Bezirksrathaus Aachener Straße), wir haben Nippes (= Bürgeramt Neusser Straße) gebaut, wir werden irgendwann auch Rodenkirchen neu bauen. Gerade im Verwaltungsgebäudebereich konnten wir den Verfall des öffentlichen Vermögens stoppen.

Ein zweiter wichtiger Punkt sind die Kitas. Wenn Sie heute durch die Kitas gehen, finden Sie dort sicher noch Punkte, die man verschönern kann, aber ein signifikanter Sanierungsbedarf ist nicht mehr vorhanden. Insbesondere natürlich auch deshalb, weil von den 250 Kindergärten in Köln, was die meisten nicht wissen, 140 angemietet sind. Es ist also nicht immer schlimm, wenn man was mit Privaten macht. Private haben diese Kindergärten gebaut in der allergrößten Not, Anfang der 90er Jahre, und auch dort haben wir keinen signifikanten Bedarf mehr.

Im Bereich der Schulen haben wir hart gearbeitet. Seit 1999 stellt uns der Rat immer wieder Mittel, auch Sondermittel zur Verfügung, um den Sanierungsstau zu beheben. Wir hatten seinerzeit eine Prioritätenliste mit 1.500 Maßnahmen, die sofort gemacht werden mussten, weil ihnen Gesundheitsgefährdungen zu Grunde lagen oder die Substanz des Gebäudes in Mitleidenschaft gezogen war. Diese Dinge haben wir alle abgearbeitet. Was wir heute feststellen müssen, ist, dass wir mit dem Moloch Schulen, mit fast 200.000 qm bewirtschafteter Fläche natürlich immer wieder neuen Bedarf haben an Unterhaltung. Und da ist eine Spreizung zwischen dem, was wir aufwenden können und dem, was wir aufwenden müssten. Da ist es uns nicht gelungen, noch mehr zu klingeln für diese Gebäude, um mehr Mittel zu bekommen. Da können wir auch keine Entwarnung geben, dass wir z. B. in zehn Jahren nur noch sanierte Schulen haben. Dafür sind es zu viele, 286 Schulen an 250 Standorten.

Wo wir dran arbeiten müssen, ist auch die öffentliche Präsentation. Wir müssen stärker verdeutlichen, wo die Investitionen und Bauunterhaltungen hinlaufen. Der Betriebsausschuss der

GW, also quasi unser Aufsichtsrat, wird darüber ständig informiert. Dort gibt es Listen, in denen wir alle Baumaßnahmen aufzählen. Wir haben einen Wirtschaftsplan, in dem alle Projekte, auch die noch anstehenden, aufgelistet sind. Aber bei der normalen Bauunterhaltung müssten wir noch mehr kommunizieren, warum was wo gemacht wird.

Im Bereich der Investition sind wir dagegen sehr weit vorne. Ich erinnere an die Offensive, den offenen Ganztage einzurichten. Da haben wir es, allerdings auf den Knochen der Mitarbeiter, geschafft, innerhalb von 18 Monaten den kompletten offenen Ganztage baulich zu realisieren, immerhin 17.000 Plätze zu dem Zeitpunkt, heute 22.000 Plätze. Und bei der jetzigen Initiative, den gebundenen Ganztage einzurichten an Realschulen und Gymnasien, da haben wir es geschafft, in allen Schulen bereits die Provisorien einzurichten und werden in den nächsten Jahren mit einem riesigen Bauprogramm von fast 400 Mio. Euro an diesen Schulen die letztendliche bauliche Realisierung durchführen.

[...] Wir werden künftig auch im Intranet und Internet alle unsere baulichen Maßnahmen an Schulen veröffentlichen. Das ist dann für jeden zugänglich. Man kann dann sehen, an welchen Schulen wir welche Maßnahmen durchführen, und wir werden dort auch den Sachstand hinterlegen.

Frank Möller:

K²A² wird bislang vor allem mit den Themen Archiveinsturz, mit dem Votum für den Erhalt des Schauspielhaus-Ensembles oder mit den regelmäßigen Montagstreifen vor dem Rathaus in Verbindung gebracht. Was ist der Grund dafür, dass Sie sich nun einer scheinbar so trockenen Verwaltungsmaterie wie der Gebäudewirtschaft zugewendet haben und dazu eine eigene Untersuchung vorgelegt haben? Und was sollte Köln im Umgang mit seinen Immobilien anders machen als bisher?

Frank Deja:

In der Einführung wurde ja schon der wichtigste Grund angesprochen: Wenn wir von kommunalen Immobilien sprechen und vom Umgang damit, sprechen wir letztlich vom Vermögen der Bürger. Und auch wenn Schauspielhaus und Oper nicht in der Verantwortung der Gebäudewirtschaft liegen, waren sie doch ein eklatantes Beispiel dafür, dass scheinbare Einsparungen durch Verzicht auf Instandhaltung letzten Endes als riesige Kostenlawine auf die Stadt und damit auf die Bürger zurückrollen. Und auch der Grund, weshalb unsere Initiative überhaupt entstanden ist – der Einsturz des Stadtarchivs – ist in diesen Zusammenhang einzuordnen, denn Eigentümerin des Stadtarchivs war ja die Gebäudewirtschaft. Und wenn man sich anschaut, dass das Stadtarchiv mit seinen bedeutenden Beständen und mit seiner besonderen Baustruktur allein aufgrund des Gewichts des Gebäudes nicht auf der Liste der besonders gefährdeten Gebäude entlang der U-Bahn-Linie stand, muss man sich doch fragen – auch wenn die GW die Liste nicht gemacht hat –, ob da tatsächlich die gebotene Sorgfaltspflicht erfüllt wurde. Oder wenn man sich anschaut, wie mit dem Gutachten umgegangen wurde, das einen Monat vor dem Einsturz erstellt wurde und letztendlich zum Inhalt hatte, dass man ein zweites Gutachten bräuchte – statt dessen wurde das Gutachten ja als Zeichen gewertet, dass alles in Ordnung ist – das sind alles Dinge, die Fragen aufwerfen in Hinblick darauf, ob die Eigentümerin und Bewirtschafterin der städtischen Immobilie, die GW, die nötige Sorgfalt zeigt und verantwortungsbewusst mit dem Vermögen der Bürger umgeht.

Und ich bin überrascht, Herr Rummel, wenn ich Ihre Ausführungen höre, habe ich den Eindruck, es ist alles in bester Ordnung. Und dann muss ich ganz naiv sagen, dann verstehe ich nicht, warum das Thema so viele Leute bewegt und warum man von so vielen Menschen, mit denen man spricht, vor allem aus dem Bereich der Schulen, immer wieder große Unzufriedenheit hört. Ich kann mir auch aufgrund unserer eigenen Recherchen, auch aus Gesprächen mit Architekten, die mit der GW arbeiten, nicht vorstellen, dass wirklich alles so eitel Sonnenschein ist.

Dr. Joachim Weiner:

Herr Dr. Thiel, wie beurteilen sie als Verwaltungsfachmann diese Aufsplitterung der Zuständigkeiten für den Kommunalen Gebäudebestand? Und ist die Geschäftsform der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung, für die man sich damals in Köln entschieden hat, eine gute Wahl gewesen?

Dr. Dr. Markus Thiel:

Eine Besonderheit bei der GW ist, dass wir eine Kombination haben aus einer typischen Querschnittsaufgabe für die Verwaltungsbehörden, die Bereitstellung und Instandhaltung von Räumlichkeiten für die Verwaltung, für Schulen, für andere öffentliche Stellen, auf der anderen Seite den Wunsch, wirtschaftlich zu arbeiten und möglicherweise Überschüsse zu erwirtschaften. Es gibt im Bereich der Verwaltungswissenschaften sehr viele verschiedene Modelle für derartige Einrichtungen. Es fängt an bei Eigenbetrieben und eigenbetriebsähnlichen Strukturen, zu denen man noch sagen muss, dass sie keine eigene Rechtspersönlichkeit haben und also keine eigenen Verträge mit Personal abschließen können und daher in sehr starkem Maße davon abhängig sind, dass die Verwaltung der Stadt zügig mitarbeitet. Wir haben ja gerade hier die Problematik bei der GW, dass 40 Stellen nach ihren Aussagen fehlen, dass 30 Stellen nicht besetzt sind, dass es dort auch schwierig ist, Mitarbeiter zu gewinnen und dass einige Stellen auch über ein Jahr gesperrt sind. Das hemmt natürlich die Arbeit einer solchen Einrichtung, wenn sie als Eigenbetrieb organisiert ist und damit keine eigene Personalhoheit hat. Es gibt dann Varianten, die etwas stärker verselbständigt sind, Eigengesellschaften, die etwa in Form einer GmbH betrieben werden und hier etwas flexibler arbeiten können, gerade was die Vertragsabschlüsse und Personalgestaltung angeht. Aber hier muss man auch beachten, dass die Einflussmöglichkeiten von Rat und Stadtverwaltung dann im Vergleich zum Eigenbetrieb deutlich reduziert sind. Ob man das möchte, ist die andere Frage, denn es geht ja doch darum, die Gebäude für die Verwaltung, für Verwaltungstätigkeit, für Schulen und für andere öffentliche Einrichtungen bereit zu halten. Insgesamt würde ich also sagen, dass die Rechtsform, wie wir sie im Moment haben, im Grunde die optimale ist. [...] Man sollte allerdings sehen, dass man die Gebäude, die derzeit nicht bei der GW angesiedelt sind, dorthin führt und eine zentrale Bewirtschaftung vornimmt.

Frank Möller:

Herr Brust, Sie sind Mitglied eines Organs der Gebäudewirtschaft: des Betriebsausschusses. Wenn ich das richtig verstanden habe, hätten die Bürger über diesen Betriebsausschuss (künftig: BA) eigentlich eine Stimme. Ist das so, und wie ist es um die Kommunikation sowohl Richtung GW als auch Richtung Bürger bestellt?

Gerd Brust:

Als Ratsmitglieder sind wir natürlich Vertreter der Bürger im Rat und auch im Ausschuss. Wir haben auch sehr oft Beschwerden und Anrufe von Bürgern, wo wir das dann weiterreichen im BA. Das Problem für uns ist, wenn Beschwerden kommen, dass wir oft gar nicht nachvollziehen können, woran es eigentlich hakt.

Ich möchte auch noch einmal darauf zurückkommen, was Her Thiel gesagt hat. Sie haben gesagt, Sie hielten die eigenbetriebsähnliche Einrichtung für optimal. Meine Erfahrung ist bisher, dass das nicht optimal sein kann. Wir haben enorme Verzögerungen durch die Abstimmungen zwischen den einzelnen Ämtern. Bei Bauausschreibungen können wir z. B. nie die Bindefristen einhalten. Die Firmen machen z. B. ein Angebot, das dann drei Monate gilt. Diese Fristen werden immer überschritten, weil es zu lange Abstimmungsprozesse gibt zwischen Vergabeamt, Rechnungsprüfungsamt, Kämmerei und der GW. Und wenn man Pech hat, hat man dann zwar alles entschieden, muss dann aber trotzdem wieder von vorne anfangen, weil die Firma nicht zu ihrem Angebot steht. Das kann so nicht optimal sein.

Das betrifft auch alle anderen Probleme. Angenommen, wir sagen jetzt: 30 Stellen unbesetzt, das kann nicht richtig sein. Dann laufen wir als Politik praktisch vor die Wand. Die GW sagt, wir hätten gerne mehr Stellen, dann sagt das Organisationsamt: bekommt ihr aber nicht. Und dann gehen wir zu Herrn Roters als OB und sagen: die Einstellungssperre muss hier aufgehoben werden. Dann sagt er: Ja machen wir. Und dann passiert einfach wieder nichts. Wir sind dann oft ziemlich hilflos und wissen nicht, was wir den Bürgern sagen sollen, weil wir selbst diese Strukturen kaum durchschauen können.

Dazu kommt dann noch etwas, was auch schon bei der letzten Veranstaltung hier angesprochen wurde (Mitschrift unter: „www.koelnkannauchanders.de“, Rubrik „Dossiers“, Dossier 3), dass die Verwaltung immer mit einer Stimme sprechen muss. Wenn die GW z. B. der Meinung ist, das und das ist das Problem, aber das Organisationsamt will das nicht in die Öffentlichkeit getragen haben, dann gibt es keine entsprechende Antwort der Verwaltung, und wir als Politik erfahren gar nicht, wo das Problem eigentlich liegt.

Ich will das an einem Beispiel klar machen. Wir haben vor ein paar Jahren beschlossen, dass die Schulen, die die schlechtesten Energiekennwerte haben, die also am meisten Energie verbrauchen, dass die saniert werden sollen, möglichst drei bis fünf Schulen pro Jahr. Das ist ein Ratsbeschluss. Und dann wurde dieser Ratsbeschluss jahrelang nicht ausgeführt, so dass jeder denkt, die GW sei unfähig, sie könne die Beschlüsse nicht ausführen. Irgendwann bekamen wir durch Indiskretionen heraus, dass die Kämmerei sich geweigert hatte, das mitzuzichnen, obwohl es ein Ratsbeschluss war. Der damalige Amtsleiter der Kämmerei hat mir dann persönlich gesagt: Ihr mit eurem Energiesparen – das ist sowieso alles Quatsch, die „Rheinenergie“ muss Geld verdienen. Das war seine Aussage mir gegenüber. Man erfährt also durch einen Zufall, dass die GW nicht schuld war, sondern dass die Kämmerei die Mittel einfach nicht frei gegeben hatte. Wenn man solche Indiskretionen in der Verwaltung nicht hätte, wenn man keine Ansprechpartner hätte, die einem hin und wieder erzählen, was hinter den Kulissen abläuft, dann würden wir als Politik gar nicht erfahren, wo die Probleme eigentlich liegen.

Dr. Joachim Weiner:

Die Gemeindeprüfungsanstalt in NRW, die in regelmäßigen Abständen die kommunalen Verwaltungen auf ihre Leistungsfähigkeit und ihre Wirtschaftlichkeit untersucht, hat für die Jahre 2006 bis 2008 auch die Stadt Köln gecheckt und u. a. auch die Gebäudewirtschaft. In dem Prüfbericht werden mehrere Defizite benannt.

Anmerkung: Die Stadt Köln hat den Bericht bis heute unter Verschluss gehalten. K²A² hat ihn inzwischen öffentlich gemacht. Sie finden ihn einschließlich einer Stellungnahme der Verwaltung unter: http://www.koelnkannauchanders.de/dokumente/dokumente_gebaeudewirtschaft/

Als ein zentrales Defizit der GW wurde ihre Zersplitterung aufgeführt. Bemängelt wurde, dass die Verantwortung für den Gebäudebestand bei unterschiedlichen Einrichtungen angesiedelt ist und von daher nicht zentral von der Gebäudewirtschaft kontrolliert und bewirtschaftet werden kann.

Des Weiteren wurde moniert, dass die Hausmeisterdienste und die Putzdienste nicht der GW unterstehen. Die Tatsache, dass die Hausmeister entweder bei den Bürgerämtern oder wie die Gesamtschulhausmeister beim Schulamt untergebracht sind, bedeutet, dass die GW auf sie keinen unmittelbaren Zugriff hat. Erschwerend hinzu kommt noch, dass es auch keine einheitliche Dienstverpflichtung der Hausmeister gibt. Die letzte stammt aus dem Jahr 1972.

Zum Dritten wurde moniert, dass das Mieter-Vermieter-Modell, das hier in Köln praktiziert wird, gleichsam dadurch unterlaufen wird, dass nicht die Schulen unmittelbar als Mieter fungieren, sondern das Schulamt als Globalmieter zwischen die eigentlichen Mieter und die GW als Vermieter geschaltet ist. Das hat zur Folge, dass sich die Schulen als Mieter – wenn überhaupt – nur eingeschränkt, für den baulichen Zustand des Schulgebäudes und den pflegli-

chen Umgang mit der ihnen anvertrauten Immobilie verantwortlich fühlen. Wenn also in einer Schule etwas kaputt ist, dann kommuniziert die Schulleitung nicht mit der GW direkt, sondern zunächst mit dem Schulamt, das sich seinerseits mit der entsprechenden Verzögerung an die GW wendet, die dann mit einer weiteren Verzögerung eine Begehung des Gebäudes zwecks Schadensfeststellung macht, um daran anschließend nach Einholung der üblichen Kostenvoranschläge einen Handwerksbetrieb mit der Schadensbeseitigung beauftragt. Dieses häufig von Missverständnissen und Kommunikationsschwierigkeiten begleitete Procedere kostet nicht nur Zeit und Geld, sondern führt regelmäßig auch zu Klagen über den schleppenden Verlauf dieses ganzen Prozesses seitens der Schulleitungen und der Elternschaft.

Inwieweit, Herr Rummel, ist die noch einige weitere wichtige Punkte umfassende Kritik der Gemeindeprüfungsanstalt an der Struktur der Kölner GW aus ihrer Sicht gerechtfertigt?

Engelbert Rummel:

Manchmal gibt es ja auch Anstalten des Landes, die durchaus gute Expertisen erstellen. Ich kann dem beitreten, ja, ohne das als Generalkritik verstanden zu wissen. Natürlich ist es viel besser und es war auch ein Punkt, warum man es zusammengeführt hat bei der Gebäudewirtschaft, weil man die Zersplitterung aufheben wollte. Diese Effizienzsteigerung ist auch tatsächlich eingetreten. Wenn wir mehr Gebäude im Bestand hätten, würden wir sicher größer, was die Mitarbeiterzahl angeht, aber es würde auch den anderen Gebäuden gut tun, denn zumindest für unsere Gebäude in der GW sind die 1,2 % Wiederbeschaffungszeitwert als Bauunterhaltungsetat gesichert. Das ist ja beileibe nicht allgemein so. Sie haben eben die Beispiele Jugendzentren und Museen aufgeführt, das betrifft auch die Feuerwehr und die Wohnversorgungsbetriebe, die das überhaupt nicht garantieren können.

Hausmeisterdienste/Reinigung – das will ich noch ergänzen, auch für das Grün auf unseren Geländen sind wir nur insofern zuständig als uns die Verkehrssicherungspflicht obliegt. Grün wird durch das Grünflächenamt gemacht, und es wird soviel Grün gepflegt, wie die dann auch Mitarbeiter haben. Und wer da am lautesten schreit, wird dann auch bedient.

Das Mieter-Vermieter-Modell – Es ist nicht so, dass in diesem ganz normalen praktischen Leben das nicht geregelt ist. Da brauchen wir auch keine Schulverwaltung, da haben wir eine Störfallannahme bei einem städtischen Call-Center. Die leiten das automatisiert auf den Computer des Mitarbeiters, der beauftragt eine Firma und dann bekommt auch der Hausmeister eine Durchschrift des Auftrags, so dass auch die Schulen informiert sind, dass was getan worden ist. Das Problem ist da, wo tatsächlich der Mieter was von uns will. Also, er will z. B. eine Wand herausgebrochen haben, er will etwas Zusätzliches gebaut haben, er will den Fachraum erneuert haben. Dann ist natürlich das Schulverwaltungsamt dazwischen, und das ist schwer erkennbar für die Schulen. Schulen wollen auch einen einheitlichen Ansprechpartner haben. Da machen wir im Moment einen schon etwas längeren Prozess durch: „Zukunft für unsere Schulen“. Da haben wir einen Test in Lindenthal, wo tatsächlich mehrere Dienststellen zusammen sitzen und dadurch einen einheitlichen Ansprechpartner für die Schulen bilden.

Dr. Joachim Weiner:

Kurze Zwischenfrage. Ist es nicht vor allem dann ein Problem, wenn die Schulen nichts tun, sich einfach still verhalten? Ich habe hier in Köln Schulen gesehen, die sich in einem katastrophalen Zustand befinden. Da sind offensichtlich Schadensmeldungen seitens der Schulleitungen nicht erfolgt, weil entweder die Schulleitung völlig gleichgültig darauf reagiert hat, oder aber sie sind erfolgt, aber an die GW nicht weitergegeben worden.

Engelbert Rummel:

OK. Deshalb auch noch mal mein Plädoyer. Und das fordere ich schon seit mindestens 14 Jahren, dass die Hausmeister zu uns kommen. Für alle anderen Gebäude außer Schulen sind die ja auch zu uns gekommen. Wir haben 50 Mitarbeiter, die vor Ort arbeiten, die handwerk-

liche Dienste verrichten. Da läuft das auch super. Wenn die Hausmeister der Schulen bei uns wären und wir direkten Einfluss hätten, wäre das natürlich ein Superidealfall. Die würden uns viel stärker melden, die würden die Firmen kontrollieren, die würden die Abarbeitung kontrollieren, die würden uns unter Druck setzen, ich sähe die Möglichkeit, denen Etats zur Verfügung zu stellen, damit die kleinere Reparaturen auch selber beauftragen könnten. Solange die uns aber dienstrechtlich nicht unterstellt sind, sind diese Regelungen nicht zu treffen. Und man will sie uns nicht unterstellen. Keine bisherige politische Initiative hat da gefruchtet. Das hat auch was mit Gewerkschaft zu tun und mit den Dezernaten, denen sie zugeordnet sind als Masse, und dann hat man ja auch Wahlvolk. Es gibt also viele Gründe, aber ein besonderer Grund ist, dass immer gesagt wird, die Hausmeister an Schulen, die sind dafür zuständig, den Kindern Pflaster auf die Wunden zu kleben und für den inneren Betrieb zu sorgen. Ich meine, dass da ausreichend Potential wäre, dass sie auch zunächst mal für uns und dann aber auch für die Schule arbeiten könnten.

Was das Aussehen an den Schulen angeht. Auch da eine Art Zersplitterung. Der Etat für die Schönheitsreparaturen ist uns nie übertragen worden. Den verwaltet das Schulverwaltungsamt, und dieser Etat ist in den letzten Jahren von 2 Mio. sehr stark geschrumpft, so dass wir da auch kaum Aufträge bekommen. Dann sehen Schulen auch schlimm aus.

Dr. Joachim Weiner:

Dann sind wir aber auf einer Stufe des Irrsinns angelangt, auf der wir eine riesige Zersplitterung haben, die zu einer organisierten Verantwortungslosigkeit geführt hat. Es gibt nur noch schuldlos Schuldige. Das hat dazu geführt, dass es in dieser Stadt für die berechnete und notwendige Kritik an den zum Teil katastrophalen baulichen und ästhetischen Zuständen an einer ganzen Reihe von Kölner Schulen, aber auch an etlichen Kindergärten, keinen ausmachbaren Ansprechpartner gibt. Jeder schiebt die Schuld an den nächsten Verantwortlichen im Verwaltungsapparat weiter.

Herr Deja, wie beurteilen sie als engagiertes Mitglied von K²A², das sich mit den Problemen und Defiziten der GW eingehend auseinandergesetzt hat, den Umgang der Stadt mit ihrem Immobilienbestand?

Frank Deja:

Zunächst eine kleine Ergänzung zum Thema Hausmeister. Manchmal sind Dinge ja wirklich absurd. Nach unseren Erkenntnissen gibt es hauptsächlich einen Grund dafür, weshalb die Hausmeister weiter den Bezirksämtern zugeordnet sind. Das liegt nämlich vor allem daran, dass die Gehaltseinstufungen der Bezirksamtsleiter sich u. a. danach richten, wie viele Untergebene sie haben. Deshalb ist es für sie auch ganz wichtig, dass die Hausmeister bei ihnen angesiedelt bleiben.

Ich habe aber auch Probleme damit, wenn wir nur über Strukturen diskutieren. Das ist zwar wichtig, aber es gibt eben nicht nur Strukturprobleme. Ich möchte in dem Zusammenhang einmal aus der bereits genannten Untersuchung der Gemeindeprüfungsanstalt ein paar Punkte zitieren. Die haben eine Liste aufgestellt, wie es mit dem Umsetzungsgrad von Vorhaben steht, die mit der Einrichtung der GW verbunden waren. Die Gemeindeprüfungsanstalt hat dazu ein Punktesystem mit 0 bis 4 Punkten angelegt. 4 bedeutet komplett umgesetzt, 0 bedeutet gar nicht umgesetzt. Bis zu 2 Punkten bedeutet sehr mangelhaft umgesetzt. Die Beispiele:

„Findet ein regelmäßiger Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen Nutzer und zentraler GW statt?“ – Punktwert 2, also recht mangelhaft umgesetzt. Das kann ja kein Strukturproblem sein, das muss ja auch ein Problem sein, das in der GW zu lokalisieren ist; dass da also entweder nicht die Bereitschaft besteht oder man nicht weiß, wie man es machen soll.

Oder: „Bestehen für die Nutzer Anreize zur Kostensenkung?“ Punktwert Null. Da fragt man sich auch: Ist das ein Strukturproblem? Das kann ja nicht sein. Ich möchte also davor warnen,

nur von Strukturproblemen zu reden und nicht von Mängeln der Einrichtung selbst. Wenn man sich ergänzend noch anschaut, was sich aus unserer Diskussion mit Architekten ergeben hat, dann waren wir doch erstaunt, an wie vielen Ecken tatsächlich Geld verbrannt und verschleudert wird. Sei es, dass Projekte durchgeplant werden, deren schließliche Nichtverwirklichung man vorher bereits hätte absehen können, wo dann 250.000 Euro Planungskosten schnell mal weg sind.

Oder wenn man sich anschaut, dass es keinen den Planungs- und Bauprozess von Anfang bis Ende begleitenden festen Ansprechpartner in der GW gibt, wenn man sich weiter anschaut, dass die Entscheidungsabläufe in der GW offensichtlich so hierarchisch sind, dass kein Sachbearbeiter irgend etwas allein entscheiden kann und von der Form der Türklinke bis zu den Farben der Fliesen alles in zeitaufwendigen Verfahren hoch und runter diskutiert wird, was auch wieder Zeit und Geld kostet, dann stellt sich doch die Frage, ob die GW hier nicht intern einiges neu regeln und verbessern müsste.

Frank Möller:

Bei der Problembeschreibung ist man sich auf dem Podium zwar nicht bei allen, aber doch bei vielen Punkten einig. Warum fällt aber die Problembehebung so schwer. Nehmen wir noch einmal das Beispiel der Hausmeisterdienste. Das ist insofern auch ein sehr wichtiges Thema, weil die Hausmeister wichtige Glieder zwischen den baulichen Objekten und der Verwaltung sind, die am ehesten auch mitbekommen können, wenn etwas kaputt gegangen ist oder langsam marode wird, sie haben deshalb eigentlich eine sehr wichtige Funktion als Informationsträger. Nun hat es auf die Studie der Gemeindeprüfungsanstalt hin ja auch eine Stellungnahme der Verwaltung gegeben. Ich zitiere daraus: „Die Zentralisierung der Hausmeisterdienste [...] ist einer der wesentlichen Schritte in Richtung einer zentralen gebäudebezogenen Bewirtschaftung. Hier bestehen erhebliche Einsparungspotentiale, die zurzeit nicht mal ansatzweise beziffert werden können und ungenutzt bleiben. Diesbezüglich sind differenzierte Untersuchungen durch die Verwaltung vorgesehen.“ Das klingt kurz, knapp und lapidar. Was ist aber daraus geworden. Ist das lediglich ein Abwehrsatz oder was bedeutet das?

Gerd Brust:

Ja, ich denke, das ist ein Abwehrsatz. Es gab danach Arbeitskreise auf Verwaltungsebene, bei denen Hausmeister einbezogen waren, Schulsekretärinnen usw. Da sind hunderte von Stunden „vertagt“ worden, wo Leute miteinander diskutiert haben. Herausgekommen ist, soweit ich weiß, nichts. Wir haben als GRÜNE vor etwa zwei Jahren einen Antragsentwurf gemacht mit dem Inhalt, dass die Hausmeisterdienste zur GW kommen sollen. Dieser Antragsentwurf liegt bis heute bei der SPD, unserem Koalitionspartner, in der Frage können wir uns mit denen nicht einigen. Da werden wir nicht weiterkommen.

Frank Möller:

Herr Thiel, wie bricht man solche Blockaden auf, wenn sich alle in der Problemdarstellung einig sind und dann politisch doch keine Änderung vollzogen wird? Gibt es da verwaltungsrechtlich Möglichkeiten?

Dr. Dr. Markus Thiel:

Verwaltungsrechtlich kann man da wenig machen. Man kann es ja nicht erzwingen, es liegt in der Organisationshoheit der Gemeinde mit politischen Entscheidungsbefugnissen beim Rat. Ich meine aber, man täte gut daran, hier die parteipolitischen Überlegungen zurückzustellen. Man sollte sich die Organisationsstrukturen unvoreingenommen ansehen. Ich beharre auch noch mal auf meiner Bevorzugung des vorhandenen Modells. Alles, was wir bisher an Problemen angesprochen haben, ist ja richtig, ergibt sich aber in erster Linie aus der Zusammenarbeit mit anderen städtischen Stellen. Und ich denke, da muss man ansetzen: bei der Verfah-

rengestaltung, bei den Entscheidungsprozessen und nicht unbedingt bei der Organisationsform der GW. Es hängt sicher auch an den Personen, es hängt an den Dienstwegen, es hängt an den politischen Entscheidungsprozessen, an den politischen Mehrheiten und nicht an der Struktur. Da müssten sich alle Parteien an einen Tisch setzen und versuchen, außerhalb der politischen Entscheidungsgremien eine Lösung zu finden. Bei den Hausmeisterdiensten liegt ein enormes Einsparpotential, wie wir gehört haben, dann tut sich nichts, und dann frage ich mich, warum 14 Jahre lang nicht nachgebohrt wird.

Gerd Brust:

Herr Thiel, Sie haben eben bei den möglichen Organisationsformen, die GW aufzustellen, die Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) nicht erwähnt. Wir haben in Köln das Beispiel der Stadtentwässerungsbetriebe, kurz: StEB. Die ist etwa so alt wie die GW, hat eben ihr Zehnjähriges gefeiert. Meiner Meinung nach hat die StEB als AöR sehr effektiv gearbeitet und u. a. den Hochwasserschutz beidseits des Rheins hingestellt. Warum halten Sie diese Organisationsform für die GW nicht auch für die bessere Lösung? Das Problem, dass man ständig mit zig Ämtern verhandeln muss, dass man nicht selbst Personal einstellen darf – diese Probleme gibt es da nicht.

Dr. Dr. Markus Thiel:

Diese Form ist natürlich auch denkbar. Man müsste sich das näher anschauen, aus dem Stand lässt es sich nicht entscheiden, welche Form für die Kölner Verhältnisse besser wäre. Da müsste man umfassend vergleichen, wie es in anderen Städten NRWs organisiert ist. Ich frage mich nur, ob diese rechtliche Verselbständigung nicht auch zu Problemen führt, die Schwierigkeiten nach sich ziehen, weil Rat und Stadtverwaltung an Einfluss verlieren könnten. Aber das sind übliche Befürchtungen gegenüber einer solchen Verselbständigung. Ob die in Köln durchgreifen würden, müsste man empirisch ermitteln.

Engelbert Rummel:

Noch zu der Organisationsform. Das Innenministerium des Landes hat die Gebäudewirtschaften bisher immer als reine Innenverwaltungsaufgabe gesehen, die nicht als öffentliche Einrichtung betrieben werden können. Daher wurde das bislang auch nicht als Möglichkeit gesehen. Aber im November letzten Jahres hat das Oberverwaltungsgericht entschieden, dass das jetzt möglich ist. Andere Kommunen in NRW haben z. T. keine Eigenbetriebe, teilweise werden die auch wieder zurückgefahren, für Dortmund z. B., die eh kein Geld mehr haben, lohnt sich auch kein Eigenbetrieb als Organisationsform, und es gibt eine Gemeinde in NRW, oberhalb von Düsseldorf, bei der die GW, um das auszutesten, als GmbH betrieben werden durfte.

Dr. Joachim Weiner:

Wir haben jetzt ja schon einige Punkte erwähnt, die die Gemeindeprüfungsanstalt bei ihrer Untersuchung der Kölner GW bemängelt hat. Dazu kommt noch ein weiteres Phänomen, das als ein schwerwiegendes Defizit der GW im Prüfbericht erwähnt wird. Moniert wurde, dass es in Köln keine präzise Erfassung der zu verwaltenden und zu pflegenden Bruttogeschossfläche gibt. Das ist insofern bemerkenswert, weil diese Gebäudedaten ein zentrales Steuerungsinstrument der GW wären Wie kann es denn sein, dass nach so vielen Jahren eine korrekte Aufmessung des Gebäudebestandes immer noch nicht erfolgt ist?

Frank Möller:

Als Ergänzung warum das wichtig ist: Das Gemeindeprüfungsamt NRW hat ja explizit zu den Schulen festgestellt, dass die widersprüchlichen Flächendaten „keine Einschätzung [ermögli-

chen], ob bei der Stadt Köln Flächenpotenziale oder Flächenbedarfe bestehen“. Und das ist natürlich schon außerordentlich bedenklich hinsichtlich der Qualität von Planungen.

Engelbert Rummel:

Das ist ein anderer Ansatz, den das GPA da gewählt hat. [...] Tatsächlich ist es so, dass die Flächendaten für uns in einem ersten Schritt nicht so relevant waren, weil die Kosten eines Gebäudes feststehen, ob Sie die durch 10.000 qm oder durch 8.000 qm teilen, das ist ziemlich egal, zum Schluss kommt immer die gleiche Summe bei den Gesamtkosten eines Gebäudes heraus. Wir haben in einem ersten Schritt alle Außenflächen aufgemessen. Wir haben das überflogen, dadurch konnten wir auch Bereinigungen unserer Grundstücksflächen vornehmen. Wir haben ein Baumkataster erstellt, um der Verkehrssicherungspflicht zu genügen, seit Beginn der GW messen wir auch jedes neu entstandene Gebäude auf. Wir haben uns dann auch gegenüber recht starkem internen Widerstand durchgesetzt und gesagt: Wir machen es jetzt einfach. Da wurde gegen argumentiert: Ihr habt doch Reinigungsdateien, was wollt ihr denn noch? Aber in den Reinigungsdateien waren z. B. die Schränke nicht mit gemessen worden, weil die eben nicht gereinigt werden. Wir haben das jetzt in Auftrag gegeben, wir werden in ca. vier Jahren alle Flächen aufgemessen haben. Wir machen das in Tranchen, wir müssen das nacharbeiten ins System. Deshalb können wir das nicht mit einem Schlag innerhalb eines Jahres machen. Man muss auch dabei bedenken: Was misst man auf, was nimmt man alles mit hinein? Wir haben uns da nur für die Flächen entschieden, wir müssen nicht wissen, wie viele Türklinken wir im Einzelnen haben oder aus welchem Material die Türen sind. Keiner wird anfangen zu bauen, ohne das vorher aufzumessen oder nach Materialitäten zu gucken.

Dr. Joachim Weiner:

Es wäre aber doch hilfreich, wenn Sie seitens der Schulen mehr Informationen über die Räumlichkeiten erhielten, wenn also zum Beispiel die Schulen Ihnen Änderungen in der Raumnutzung mitteilen würden – es ist ja unter Umständen nicht unerheblich wofür ein Raum genutzt wird – und sie diese Daten kontinuierlich in ihr Kataster eintragen könnten. Darüber hinaus gibt es noch ein anderes Problem, das ich im Gespräch mit Schulleitern erfahren habe. Es gibt z. B. an einigen Schulen Schulleitungen und Lehrer, die bereit wären, auf eigene Kosten Renovierungen kleinerer Art, etwa ihres Lehrerzimmers, zu machen, die dann von Ihrer Seite aber einen abschlägigen Bescheid erhalten, weil das Gebäude z. B. unter Denkmalschutz steht. Ich habe noch gestern ein Lehrerzimmer besichtigt, das so verdreckt und verkommen war, dass man sich als Lehrer darin eigentlich nicht aufhalten kann, um sich mental auf die nächste Unterrichtsstunde einzustellen. Es gibt auch zahlreiche Fälle, wo Elterninitiativen sich bereit erklärt haben, die Klassenräume anzustreichen. Warum macht es die Gebäudewirtschaft solchen engagierten Gruppen durch komplizierte und zeitaufwändige Bewilligungsverfahren immer wieder so schwer, ihr Engagement umzusetzen, obwohl sie selbst aus Kapazitätsgründen nicht in der Lage ist, die notwendigen Leistungen zu erbringen?

Engelbert Rummel:

Zunächst mal ist es Aufgabe des Schulträgers bzw. der Stadt, dafür zu sorgen, dass Bauerhaltung gemacht und dass gestrichen wird. Das kann nicht Aufgabe von Eltern, von Lehrern oder von sonst wem sein. Wir haben ein riesengroßes Problem, dass wir Schadstoffeinträge haben in Schulen, wenn z. B. die falsche Farbe gekauft wird – wir haben Positivlisten – und von daher wollen wir uns mit Eltern und Lehrern auch abstimmen, wenn sie das einbringen. Wir bezahlen sogar das Material. Aber es gibt tatsächlich teilweise Probleme in Schulen, da sind teilweise die Farben geschützt. [...] Unser Verfahren mag da ein Verfahren sein, das vielleicht ein bisschen bürokratisch ist, aber letztendlich führt es immer zum Ziel, dass wir nämlich die Mittel bewilligen, also die Eltern nicht auch noch die Farbe bezahlen lassen.

Dr. Joachim Weiner:

Das ist richtig. Aber ist es angesichts des streckenweise dramatischen Zustandes vieler Schulgebäude nicht notwendig, die zahllosen behindernden Vorschriften für eine gewisse Zeit einmal auszusetzen und die zahlreichen Potentiale auf Seiten der Bürgerschaft zu eruieren, die man nutzen kann, um die Situation merklich zu verbessern? Es ist doch nicht das große Drama, wenn etwa ein Schulraum mal farblich schlecht gestaltet wird. Entscheidend ist doch, dass in dieser Stadt eine ganze Reihe von Menschen bereit sind, etwas da zu tun, wo die Stadt nichts tut, weil sie es aus finanziellen Gründen nicht kann, auch die GW es nicht kann, weil sie nicht über genügend Mittel und Personal verfügt. Wir müssen viel mehr überlegen, was wir engagierten Bürgern von dem übertragen können, das derzeit von keiner anderen Seite erbracht werden kann. Die erbrachten Leistungen können und müssen durchaus kontrolliert werden – auch ich möchte nicht, dass Schulräume mit schadstoffhaltigen Farben angestrichen werden –, aber es gibt in der Bürgerschaft durchaus eine Reihe fachkundiger Personen, die in der Lage sind, solche kleineren Projekte sachgerecht auszuführen. Die Verwaltung operiert in diesem Bereich ohne kreative Phantasie und ist zu stark an Paragraphen orientiert, weil hier jeder panische Angst hat, er könnte einen Fehler machen und dafür belangt werden. Die Grundhaltung, diese Stimmung ist in der gesamten Kölner Stadtverwaltung weit verbreitet und führt im Endergebnis zu einer Selbstblockade, die häufig genug fatale Folgen zeitigt.

Engelbert Rummel:

Sie kriegen dann aber hinterher auch einiges vorgehalten. Stellen Sie sich vor, Sie haben einen Flur in der Schule, Sie stellen unsachgemäß ein Gerüst auf und irgendein Schüler oder Lehrer oder Elternteil fällt von dem Gerüst runter. Tatsächlich werden auch immer wieder Dinge in die Schule eingebracht, da kommt dann die nächste Klasse rein und die Eltern sagen, nee, das ist für uns hier aber gar nichts. Dann sind die Eltern des vorherigen Jahrgangs weg und wir dürfen dann für mehrere tausend Euro diesen Raum sanieren. Wir haben schon ein ureigenes Interesse als Vermieter, dass wir da Einfluss drauf nehmen. Dass wir Stellschrauben finden müssten, das stärker zu entbürokratisieren, da stimme ich mit Ihnen überein, aber was in unseren Schulen passiert, das würde ich dann schon gerne wissen.

Frank Möller:

Wir haben bisher ja schon festgestellt, dass es schwierig ist, die Arbeit der GW von außen zu durchschauen. Das ist nicht allein Schuld der GW selbst, sondern ursächlich ist auch die komplexe Verwaltungsverflechtung, die wir in Köln haben. Trotzdem: Was tut die GW selbst, um ihre Arbeit nach außen transparent zu machen. Herr Deja, Sie haben an dem Dossier von K²A² über die GW mitgearbeitet – war es leicht, die Informationen über diese Einrichtung im Netz zu finden?

Frank Deja:

Es ist sehr, sehr schwer, über das Ratsinformationssystem der Stadt Köln irgendetwas über die GW herauszufinden. Die Informationen sind sehr verstreut, sind tatsächlich nur durch direkte Ansprechpartner, die man finden muss, herauszubekommen. Was ich besonders eigenartig finde, ist, dass das heute viel zitierte Papier der Gemeindeprüfungsanstalt NRW was für viele andere Städte NRWs auf den websides der Städte im Netz jeweils zu finden ist, in Köln nicht ins Netz gestellt wurde. Ich habe selber bei der Gemeindeprüfungsanstalt angerufen und darum gebeten, mir das zu schicken, die sagten dann, dass Sie mir das nicht so einfach aushändigen könnten, es sei aber auf den Internetseiten der Stadt Köln eingestellt. Und ich musste dann sagen, dass es dort leider nicht zu finden sei. Ein Beispiel nur für andere, um zu zeigen, wie schwer es ist, für sich selbst durchschaubar zu machen, was tatsächlich los ist. Und im Interesse von mehr Transparenz plädieren wir sehr dafür: Wenn eine Evaluierung der GW stattfindet, die wir für sehr dringend geboten halten, dann müsste gewährleistet sein, dass

in die Evaluierungskommission a) Vertreter der Nutzer eingebunden werden, also vorrangig der Schulen, aber b) auch Vertreter der verschiedenen Interessenträger, also z. B. auch Vertreter der Architektenschaft, die auf Mängel der Zusammenarbeit und der Arbeitsabläufe hingewiesen haben.

Nach einer guten Stunde wurde das Publikum in das Gespräch mit einbezogen. Entsprechende Statements werden im Folgenden nur wiedergegeben, sofern sie etwas zu dem Thema hinzufügen, das noch nicht angesprochen worden war.

Walter Schulz:

[...] Beispiel: Schule Turmstraße in Nippes. Da arbeitet die GW seit zwei Jahren an einem Gebäude, das im letzten Jahr zum 100jährigen Bestehen fertig gestellt werden sollte. Da wurde jetzt nach 1 ½ Jahren ein Gerüst an einer Außenverschalung entfernt, die endlich nach 1 ½ Jahren fertig geworden ist. Es gab eine Reihe von Innenreparaturen. Da erlebt man die Schwierigkeit, die man als Nutzer auch mit einer Einrichtung wie der GW hat. Die Arbeitsabläufe sind in keiner Weise miteinander koordiniert. Auf die Abläufe, auf die Handwerker nimmt niemand Einfluss oder der zuständige Mitarbeiter bei der GW ist nicht greifbar für den Nutzer. Greifbar ist für mich der Hausmeister, der Gott sei Dank mein Mitarbeiter ist. Der Gedanke, der Hausmeister wäre, wenn ich ihn brauche, dann auch noch einer anderen Organisation – in diesem Fall der GW unterstellt – löst bei mir schon Magenschmerzen aus. Ich bin natürlich froh, wenn ich dem eine Aufgabe geben kann. Die Kommunikation mit der GW endet meistens so, dass sie sich nicht in der Lage sieht, irgendeinen Defekt sofort zu beheben. Neulich war es ein Defekt an einem Dach, durch den eine Gefährdung entstanden wäre, weil ein Blechteil weggeweht zu werden drohte. In einem solchen Fall ist es unheimlich wichtig, dass dann der Hausmeister ununterbrochen wg. Handwerkern telefoniert, der eben nicht der GW untersteht.

Die Frage der Organisation der GW ist komplett zu bedenken. Die Frage ist auch, ob man nicht den Nutzern die Kompetenz darüber zusprechen kann, ob sie etwas brauchen, wann sie es brauchen und wie sie es brauchen. Da entfernt sich die GW sehr stark von den Nutzern.

Heidi Irlenbusch (Stadtschulpflegschaft Köln):

Argumentiert dagegen, dass Eltern Klassenräume streichen sollen. Die Schulen müssen gleichmäßig ausgestattet werden.

Die Schulleiter reiben sich zwischen den Ämtern auf. Die reden mit der GW, die GW sagt, ich brauche einen Auftrag vom Schulverwaltungsamt. Dann geht die Schulleitung zum Schulverwaltungsamt. Die sagen, sie wissen nichts, sie müssen prüfen, so geht das hin und her. Da müssen Schulleiter dadurch entlastet werden, dass sie einen festen Ansprechpartner bekommen, der die Vermittlung zwischen den Ämtern übernimmt.

Ungenannt:

Die Frage ist natürlich, warum sich an diesen beschriebenen Zuständen nichts ändert oder was sich ändern müsste. Das wäre vielleicht eine Frage an Herrn Brust von den GRÜNEN. Denn letztlich liegen die Entscheidungen über Veränderungen beim Rat. Oder wo werden die Entscheidungen tatsächlich getroffen?

Gerd Brust:

Der Rat hat nicht die Organisationshoheit über die Verwaltung. Die liegt allein beim Oberbürgermeister. Der Rat kann nicht entscheiden, wer z. B. Amtsleiter wird. Die werden vom Oberbürgermeister eingesetzt. Wir können auch nicht entscheiden, welche Vorlagen wir bekommen. Das macht der OB. Wenn z. B. verschiedene Meinungen in der Verwaltung vor-

handen sind, die Kämmerei also eine andere Meinung als die GW hat, dann erfährt die Politik gar nicht von den verschiedenen Meinungen. Wenn wir Politik wirklich machen wollten und entscheiden wollten, dann müssten wir eigentlich erstmal wissen, wo die Differenzen zwischen verschiedenen Möglichkeiten liegen, worin die verschiedenen fachlichen Ansichten bestehen. Wir bekommen aber immer nur *eine* Verwaltungsmeinung mitgeteilt und das muss keine richtige sein. Ich habe das ja eben schon ausgeführt. Wenn man keine Ansprechpartner in der Verwaltung hat, die einem Dinge stecken, dann erfahren wir gar nicht, wo etwas hakt. Ein Beispiel: Ich bin auch im Umweltausschuss. Wir haben auf den Kölner Friedhöfen historische Grabmäler, die zu verfallen drohen. Wir haben seit Jahren das Prinzip der Patenschaften, man kann sich also melden, um eine Patenschaft für ein Grab zu übernehmen, kann es auf eigene Kosten sanieren und sich später auch dort beerdigen lassen. Seit zwei Jahren gibt es keine Übernahme von Patenschaften mehr, weil in der Denkmalschutzbehörde eine Person gewechselt hat, die jetzt andere Auflagen macht als bislang üblich. Die macht jetzt die Auflage, dass derjenige, der sich dort beerdigen lassen möchte, seinen Namen nicht mehr auf den Grabstein setzen darf. Natürlich will niemand ein Grab haben, auf das er seinen Namen nicht setzen darf. Früher wurden die Platten einfach rumgedreht; die alte historische Ansicht war dann hinten, diejenige mit dem neuen Namen vorn. Dann haben wir als GRÜNE eine Anfrage an die Verwaltung gemacht und gefragt, wie das denn nun weitergehen solle, weil man ja sehe, dass die Grabmäler jetzt verfallen und sich demzufolge die Stadt darum kümmern müsse, obwohl sie das Geld dafür nicht hat. Dann bekommen wir vom Grünflächenamt eine Antwort, die diametral dessen fachlicher Meinung widerspricht und vom Denkmalschutzamt diktiert worden ist. Und der OB hat sich dann diese Antwort zu Eigen gemacht und uns auf unsere Anfrage hin als Antwort der Fachverwaltung vorgelegt. Wenn man nun die Hintergründe nicht kennt, die ich Ihnen jetzt genannt habe, dann erfährt man überhaupt nicht, wie diese Entscheidung zustande gekommen ist.

Anmerkung: In Folge der Veranstaltung hat der Kölner Stadt-Anzeiger diese konkrete Frage der Patenschaftsgräber aufgegriffen und am 17.6.2011 darüber berichtet. Den Beitrag finden Sie unter: <http://www.ksta.de/html/artikel/1308216674584.shtml>

Frank Deja:

Hinsichtlich der einheitlichen Verwaltungsmeinung, Herr Thiel, würde mich interessieren, ob es ein Gesetz gibt, das solches vorschreibt. Oder könnte die Stadt Köln beschließen, dass den Ratsmitgliedern zumindest die vorhandenen Meinungen in ihrer Vielfalt vorzulegen sind, damit sie überhaupt etwas entscheiden können.

Und es gibt ja noch einen weiteren wichtigen Punkt, wo Transparenz nicht nur den Bürgern, sondern auch den Ratsmitgliedern verweigert wird: Das sind die Verträge, die den Geschäften mit den eben erwähnten privaten Investoren zugrunde liegen. Für mich ist nicht verständlich, dass diese Verträge geheim und weder den Ratsmitgliedern noch den Bürgern bekannt sind. Wenn Verträge geheim gehalten werden, vermute ich immer, dass etwas zum Nachteil der Bürger darin stehen könnte. Warum müsste man sie sonst geheim halten?

Dr. Dr. Markus Thiel:

Offen gestanden ist mir keine gesetzliche Grundlage bekannt, in der steht, dass die Verwaltung mit einer einheitlichen Meinung im Rat auftreten müsse. Es mag unter verwaltungspraktischen Gründen sinnvoll sein. Wenn man aber weiß, dass es verschiedene Auffassungen gibt, wäre es natürlich sinnvoll, wenn man das dokumentiert bekäme. Es würde andererseits die Arbeit der Verwaltung auch erschweren und sicher auch nicht zur Verwaltungsvereinfachung und -beschleunigung beitragen.

Engelbert Rummel:

Ich darf kurz ergänzen: Gerade wenn Sie einen Hauptausschuss haben, können Dezernenten eine abweichende Meinung darstellen. Diese Möglichkeit gibt es da schon. Vom Grundsatz her wird aber im Stadtvorstand diese einheitliche Meinung hergestellt, wenn es verschiedene Meinungen in der Verwaltung gibt. Und dann gibt es eben den OB, der die Äußerung macht.

Walter Krause:

Es gab ein Treffen unter Architekten, da haben einige gesagt, wir arbeiten nicht mehr für die GW, weil das für uns ruinös ist. Ich habe das so verstanden, dass durch die Verwaltungsreform ja die Effektivität der Bewirtschaftung der städtischen Gebäude gesteigert werden sollte. Aus meiner Erfahrung kann ich aber sagen, dass eher das Gegenteil der Fall ist. Wir können ja sehr gut vergleichen, wie privatwirtschaftliche Bauherren ihre Gebäude errichten und wie das im Bereich der öffentlichen Verwaltung ist. Bei dieser Diskussion war man der übereinstimmenden Meinung, dass die Projekte, die jetzt im Bereich der GW lagen, mindestens um die Hälfte hätten verkürzt werden können. Wir sprechen dabei über Baukosten, über Standzeiten, über Personal, das damit beschäftigt ist. Es gibt Beispiele, dass im Privatbereich i. d. R. der Bauherr einen Vertreter benennt, einen Projektsteuerer z. B., der die Belange des Bauherrn wahrnimmt und gegenüber den Architekten und beteiligten Ingenieuren die Interessen des Bauherrn vertritt und i. d. R. auch mit einer Stimme spricht. Diesen Zustand gibt es bei der GW nicht, sondern bei den Besprechungen, die sehr häufig sind und sehr lang dauern, sitzen drei bis vier Vertreter der Verwaltung, der GW, des Schulverwaltungsamtes usw. Die Sitzungen schlagen sich nieder in sehr langen Protokollen, aber in ganz, ganz wenigen Entscheidungen. Und das ist durchaus eine Frage der Struktur. Daher eine Frage an Herrn Rummel: Warum übernimmt man nicht ganz normale und eingeführte Rituale der Abwicklung eines Bauvorhabens im Interesse der Kostensenkung und Effektivierung? Es wäre ja durchaus denkbar, dass die Verwaltungsbeteiligten sich vorher koordinieren und dann ihre Stimme gegenüber den Projektausführenden geltend machen.

Engelbert Rummel:

Diese Unzufriedenheit, die Sie da äußern, kann ich bis zu einem gewissen Punkt teilen. Insbesondere, wo Sie ansprechen, dass es im privaten Baubereich völlig anders zugeht. In der Regel haben Sie einen, der das Geld in der Tasche hat, und der sagt, was passiert. Hier gehen wir mit öffentlichem Geld um und haben entsprechende Vorschriften: VOB, VOF, Vergaberichtlinien der Stadt usw. Das sind schwierige Prozesse. Aber wir bedienen uns in einem Umfang Privater, die für uns tätig werden. Wir haben im letzten Jahr 902 Verträge mit Privaten abgeschlossen mit einem Vergabevolumen von über 20 Mio. Euro. Es gibt also immer noch Leute, die für uns gerne arbeiten und auch offensichtlich ausreichend Geld dabei verdienen. Wenn Sie sagen: Projektstrukturen, immer wieder andere Ansprechpartner ... ja, das stimmt. Aber wenn ich eine so große Fluktuation habe oder ein System in der öffentlichen Verwaltung, dass ich nur dann mehr Geld bekomme, wenn ich auf eine andere Stelle befördert werde und auch was anderes mache, dann habe ich natürlich ständig neue Projektbetreuer. Und wenn die Fluktuation so hoch ist wie in den letzten Jahren und dazu die nicht besetzten Stellen kommen und der eine immer für den anderen einspringen muss, dann kann ich nicht von Zufriedenheit reden, die ich schaffen kann. Dann hat das aber auch nichts mit Organisationsfragen zu tun. Wenn Sie zu wenige Leute haben, dann haben Sie eben zu wenige Leute. Wir hatten zu den schlimmsten Zeiten 80 Leute zu wenig. Heute – aktueller Stand – haben wir immer noch 26,78 Stellen, die nicht besetzt sind. Das führen wir tagesaktuell.

Frank Deja:

Ich bin jetzt doch überrascht, Herr Rummel, dass Sie sagen, natürlich kann ein privater Bauherr anders mit dem Geld umgehen als ein öffentlicher Bauherr, wenn bei dem anders umge-

hen herauskommt, dass ein privater Bauherr sein Geld zusammenhält und das Projekt schneller und effektiver steuert, so dass weniger Kosten entstehen. Es kann doch nicht sein, dass durch das Fehlen eines Projektsteuerers auf Seiten der öffentlichen Hand die öffentlichen Projekte teurer werden. Das kann doch nicht angehen, das ist doch kein verantwortungsbewusster Umgang mit dem Geld der Bürger. Und Sie beklagen auch die Personalfuktuation: Welche Untersuchung gibt es denn hausintern, woran diese Fluktuation liegt? Es kann nicht nur am Geld liegen. Meine ganze berufliche Erfahrung auch in anderen Zusammenhängen sagt mir, dass hohe Personalfuktuation sehr häufig auf ein Führungsproblem hinweist und eigentlich nur am Rande etwas mit Geld zu tun hat.

Engelbert Rummel:

Schauen Sie, wie sich das Lohnsystem im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren verändert hat. Früher fing man mit viel Geld an und hatte einen flachen Anstieg bis zur Rente. Heute fängt man mit sehr geringem Gehalt an – wesentlich unter dem Satz der privaten Büros fangen die Mitarbeiter bei uns an – und wenn die dann woanders mehr bekommen können, dann gehen die dahin. [...] Damit werden Beförderungsketten in Gang gesetzt, nach denen ständig neue Leute zu anderen Projekten kommen, und das ist insgesamt sicher ein Systemfehler. Bei uns wirkt er sich besonders aus. Denn ein Projekt ist oft nicht innerhalb eines halben Jahres zu stemmen, deshalb bin ich immer froh, wenn Mitarbeiter lange bleiben. Ich denke, das liegt aber nicht an der Führung oder an denjenigen, die bei mir im Haus Personalverantwortung tragen, sondern das sind Systemfehler.

Frank Möller:

Sie würden also bestreiten, dass das irgendetwas mit dem Betriebsklima in der GW zu tun hat?

Engelbert Rummel:

Ich sehe hier heute eine Menge Mitarbeiter. Die können Ihnen das sicher besser beurteilen als ich das kann.

Dr. Joachim Weiner:

Nun gut, sie sprechen selbst von einem Systemfehler. Dieser Systemfehler existiert hier in Köln jetzt seit nahezu 25 Jahren. Damit kann sich aber die Bürgerschaft nicht mehr länger abfinden. Wenn eine Verwaltung solche Systemfehler als ewiges und unveränderliches Schicksal hinnimmt, dann darf sie sich auch nicht darüber wundern, wenn die Bürgerschaft irgendwann rebelliert. Wir erleben ja gerade in der Bundesrepublik, dass solche verhärteten bürokratischen Strukturen von vielen engagierten Bürgern nicht mehr akzeptiert werden. Und ich denke, da sind auch die Verwaltung und ihre einzelnen Gliederungen gefragt, massiv Protest gegenüber der Politik anzumelden, anstatt sich weiter in Loyalitätsbekundungen zu ergehen.

In diesem Zusammenhang würde ich gerne Herrn Dr. Thiel fragen: Kann es sich die Verwaltung heute noch leisten, Strukturen und Verfahren als gegeben hinzunehmen, die sich in der Vergangenheit durchaus bewährt haben mögen, den veränderten gesellschaftlichen Anforderungen heute aber immer weniger gerecht werden?

Dr. Dr. Markus Thiel:

Ich hoffe nicht. Natürlich ist es wichtig, dass Verwaltungsreformen immer weiter fortgeschrieben werden. Man kann nicht sagen, wir haben das in den 90er Jahren mal so und so festgelegt und hoffen, dass wir die Ziele irgendwann erreichen und lehnen uns zurück. Aber das Problem ist natürlich nicht nur bei der GW, sondern in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, dass man hier niedrige Besoldungen hat für verantwortungsvolle Ämter; wir ha-

ben das auch in den Schulen, wir haben das in den Krankenhäusern beim Pflegepersonal, also nicht nur in der öffentlichen Verwaltung. Aber da wir uns nun mit der beschäftigen, müssen wir uns überlegen, was wir da machen können. Man muss sich schlicht überlegen, ob man die Besoldungsstrukturen ändert und zurückführt auf ein Modell, nach dem jemand, der hoch qualifiziert ist, auch ein entsprechend angemessenes Gehalt bekommt. Damit bindet man die Leute, damit verbessert man sie und generiert auch eine höhere Zufriedenheit, die ja nicht nur pekuniär ist, sondern die auch mit Anerkennung zu tun hat. Vielleicht muss man auch überlegen, ob man die Unterschiede zwischen den Besoldungsgruppen wieder etwas zusammenführt.

Unbenannt:

[...] Mir ist unverständlich, dass man der Berechnung der Grundflächen über Jahre so wenig Wert beigemessen hat. Jeder Immobilienfachmann weiß, dass man für die Ermittlung des Erhaltungs- und Sanierungsbedarfs mit Sicherheit erstmal die Quadratmeterfläche wissen muss. Das ist unstrittig. Deshalb frage ich mich, weshalb diese Vermessung in den vielen Jahren der Existenz der GW nicht geschehen ist.

Frank Möller:

Zum Schluss noch eine Frage, die den Sanierungsrückstand betrifft. In der Studie der Gemeindeprüfungsanstalt ist von 1,1 Milliarden Euro die Rede, die dazu bis zum Jahr 2020 aufgewendet werden müssten. Gleichzeitig altern Gebäude ja weiter. Die Zahl wächst also auch weiter an. Müsste man da nicht ehrlicherwise sagen: Das ist gar nicht zu schaffen bei der derzeitigen Haushaltslage und eine Prioritätenliste vorlegen, nach der Gebäude aufgegeben werden?

Engelbert Rummel:

Wir wissen, dass wenn wir weiterhin mit den gleichen Mitteln ausgestattet werden wie bisher, eine Spreizung haben von 400 Mio. Euro bis 2020. Das ist völlig klar. Wir müssen allerdings sehen, dass wir diese Spreizung dadurch erheblich verringern, dass wir zusätzliche Maßnahmen haben. Nehmen Sie das Konjunkturpaket II, das zusätzlich noch mal 60 Mio. innerhalb von zwei Jahren in die Kölner Schulen pumpt, nehmen Sie die Sondermittel des Rates für die Toilettenanlagen, wo wir auch noch 18 Mio. Euro bekommen haben. Dann haben wir ambitionierte Neubauprogramme im Moment am Beginn der Umsetzungsphase. Das betrifft den gebundenen Ganzttag, und mit dem gebundenen Ganzttag werden an diesen Schulen auch die Bedarfe erweitert. Wir haben also ein Bauprogramm in den nächsten sechs Jahren vor uns von 500 bis 600 Mio. Euro allein im Neubau. Dazu kommt die Sanierung. Wir prüfen natürlich bei der Sanierung. Nehmen Sie die Gesamtschule Rodenkirchen, die war über, die musste neu gebaut werden. Bei der Europaschule am Zollstockgürtel werden wir sanieren können. [...] Wir werden in den nächsten Jahren sehr viel Geld in die Hand nehmen können. Wenn Sie alle Projekte zusammen nehmen, werden wir ungefähr bei 1 Mrd. liegen. [...] Trotzdem: die Spreizung wird da sein.

KÖLN KANN AUCH ANDERS erstellt in unregelmäßigen Abständen Dossiers zu Fragen der Stadtpolitik und zur Entwicklung städtischer Einrichtungen und Verwaltungen.

Zielgruppe der Dossiers sind Medienvertreter/innen und Multiplikator/innen innerhalb und außerhalb Kölns. Ihnen möchte KÖLN KANN AUCH ANDERS Hintergrundmaterial für eine fundierte und kritische Berichterstattung über wesentliche Aspekte der Entwicklung Kölns zur Verfügung stellen und sie dazu ausdrücklich ermuntern.

So sollen gleichermaßen Langzeitbeobachtungen von Entwicklungsprozessen wie auch die kritische Begleitung der Arbeit des Leitungspersonals städtischer Einrichtungen und Behörden gefördert werden. Aus Sicht von KÖLN KANN AUCH ANDERS ein unerlässlicher Beitrag zur demokratischen Kontrolle und langfristigen Sanierung der politischen Kultur Kölns.

Die Dossiers werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt und auf der Homepage www.koelnkannauchanders.de unter der Rubrik „Dossiers“ zeitnah freigeschaltet.

Bislang sind außer dem vorliegenden Dossier erschienen:

Dossier 1:

„1514 antwortet nicht mehr. Eine Geschichte von Verlust, Verantwortung und vom Nutzen eines Archivs“ (2010)

Dossier 2:

„Zur Zukunft von Stadtmuseum und Stadtarchiv in Köln. Eine kritische Zwischenbilanz“ (2010)

Dossier 3:

„Kann Köln auch anders? Der Zustand der politischen Kultur zwei Jahre nach dem Archiveinsturz“ (März 2011)

Dossier 4:

„Sanierungsstau! Informationen (nicht nur) zur ‚Gebäudewirtschaft der Stadt Köln‘ sowie sich anschließende Fragen an politische Verantwortungsträger (Mai 2011)

